

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 3/46. Jahrgang

März 2015

Schutzgebühr: 0,40 €

## Mitmachfalle Bürgerbeteiligung

Am 19. März soll die Satzung zur „Bürgerbeteiligung“ beschlossen werden (vgl. Jan.-Echo: „Bürgerbeteiligung: das große Sandkastenspiel“). Viel Neues ist inzwischen nicht dazu gekommen, lediglich die notwendigen Quoren für Bürgerversammlung und -antrag wurden teilweise gesenkt sowie die Fragestunde auch für Menschen aus dem Landkreis erweitert. Die endgültigen Entscheidungen bleiben jedoch (anders als beim in der Hessischen Gemeindeordnung geregelten Bürgerbegehren und -entscheid) dem Stadtparlament vorbehalten.

Nun könnte man ja annehmen, dass dies dennoch eine prinzipiell gute Sache, mehr direkte Demokratie und Einflussnahme, wäre, wenn nicht die Praxis dem genau entgegenstünde, die an der Glaubwürdigkeit zweifeln lässt.

Ob Lärchenwäldchen, Schlachthof- oder RKH-Gelände: überall müssen die Betroffenen erkennen, dass ihre Interessen mit Füßen getreten wer-

den, während den Investoren freie Hand gelassen wird. Mehr noch: die BI gegen die Landesgartenschau hat zweimal die notwendigen Unterschriften für ein Bürgerbegehren nach der

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Betonlandschaften für Gießen

Freiwerdende Flächen, die früher von Militär, Industrie oder Verkehr genutzt wurden, sollten wieder bebaut werden – Bedarf an Wohnungen gibt es genug. Wenn sowas ordentlich geplant würde, könnten schöne neue Wohngebiete entstehen, die sich in die Umgebung einpassen und die Nachbarn nicht mehr stören als unbedingt notwendig. Optimal wäre, wenn auch Wohnungen für Menschen mit kleinem Einkommen dabei wären. In unserer Stadt überlässt man das Planen aber privaten Bau-trägern. Das Ergebnis sieht dann meistens so aus, dass nicht nur die

### Inhalt:

Frauenquote Bund/Sozialismus: gut	S.2
Noch LaGa-Verdross/Bouffier /OB	S.3
Biblis-Stilllegung/Mindestlohn	S.4
Griechenland/Kobane	S.5
Anti-Russland-Hetze/Abschiebung	S.6
Hans Rosenbaum /Leserbriefe	S.7
Termine/Ria Deeg	S.8

Nachbarn empört sind. Überall entstehen rechteckige Betonklötze, einer dicht neben dem anderen, fast alle mit teuren Eigentumswohnungen. Neuester Aufreger ist mit Recht die Bebauung der ehemaligen Bergkaserne. Dort sollen so viele Wohnungen gebaut werden, dass für die notwendigen Parkplätze kein Raum mehr ist und Flächen am benachbarten Lärchenwäldchen in Anspruch genommen werden. Eine fürs Stadtklima notwendige Frischluftschneise wird zugebaut und zu allem Überfluss wurden auch noch zwei Reihen alter

(Fortsetzung auf Seite 3)

## Demonstration gegen die EZB am 18. März in Frankfurt



"18nulldrei - ich nehm mir frei". Unter dieser Losung ruft das Blockupy-Bündnis zu Aktionen anlässlich der Eröffnung der EZB in Frankfurt auf. Mit Blockaden ab 7 Uhr, Kundgebung mit Kulturprogramm auf dem Römer um 14 Uhr und einer Demonstration ab 17 Uhr soll der Widerstand gegen die Verarmungspolitik der Troika manifestiert werden.



**Für Frieden und Sozialismus! DKP**

(Fortsetzung von Seite 1)  
**Mitmachfalle**

HGO gesammelt - zehnmal so viel als jetzt in der Satzung vorgesehen; von der Stadt wurden ihr nur Steine in den Weg gelegt.

Hinzu kommt, dass die von Regierung und Kapital gewollte chronische Finanznot überhaupt keinen wirklichen Gestaltungsspielraum zulässt. **Wozu also das Ganze?**

Die Gießener Satzung, so rühmt man sich, sei die erste in ganz Hessen. Derartige Pläne sind aber keineswegs neu und bestehen nicht erst seit den Massenprotesten gegen Stuttgart 21. Die Unternehmer suchen schon lange nach Möglichkeiten, wie sie ihre Profit-Politik möglichst widerstandslos durchsetzen können. Seit Jahren gibt es Überlegungen, wie mit mehr „direkter Demokratie“ und „Volksentscheiden“ die Probleme im Sinne der Herrschenden gelöst werden können, wobei sie die Medien auf ihrer Seite wissen. Damit, so ihr Kalkül, könnte gleichzeitig der Einfluss von Organisationen zurückgedrängt werden, die vorrangig die Interessen der abhängig Beschäftigten und sozial Benachteiligten vertreten: linke Parteien und Gewerkschaften. (Bezeichnenderweise waren auch in Gießen die Gewerkschaften nicht einbezogen.)

Dass die wichtigste Waffe der Unterdrückten in ihrem organisierten Handeln besteht, haben die Unternehmer begriffen – die Betroffenen leider nur zum Teil.

Erika Beltz

Thomas Wagner: Die Mitmachfalle Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument. Papyrossa Verlag, 163 S. 12,90 €.



## 8. März: Internationaler Frauentag Frauenquote beim Bund?

Die Bundeswehr sorgt sich um ihre Zukunft. Um ausreichend „freiwillige“ Rekruten zusammenzukriegen, rollen Werbetrucks durchs Land, stehen Offiziere in Klassenzimmern oder als „Karriereberater“ getarnt im Jobcenter. Neulich wurde sogar ein „Attraktivitätssteigerungsgesetz“ beschlossen, um Geld locker zu machen für schönere Kasernen, PlayStations und Zulagen für „besondere Erschwernisse“. Geworben wird mit der Aussicht auf Teilzeitdienst und Kinderbetreuung. Kriegsministerin von der Leyen freut sich besonders, dass der Anteil von Frauen in der Armee immer weiter steigt. Jetzt will sie sogar eine Frauenquote einführen.

Wie stellt sie sich das vor? Im Jahr 2025 muss jeder fünfte Elitesoldat eine Frau sein? Jeder dritte Luftangriff

muss von Pilotinnen geflogen werden? Mindestens 15% der Kollateralschäden, also der nebenbei getöteten Zivilisten, müssen das Werk von Soldatinnen sein?

Wer jetzt sagt, es sei doch gut, wenn Frauen gefördert werden, der sei daran erinnert: es war kein Fortschritt für uns Frauen, als der Europäische Gerichtshof 2000 erklärte, man müsse uns zum „Dienst an der Waffe“ zulassen. Dienen, gehorchen, Befehle ausführen und für die Interessen der Banken und Konzerne in fremde Länder ziehen, um zu morden, hat weder mit Gleichberechtigung noch mit Emanzipation zu tun. Heute sind 2300 deutsche Soldaten im Auslandseinsatz, darunter 200 Frauen. Das sind nicht nur 200 Frauen zu viel, das sind 2300 Menschen zu viel.

## Trotz DDR-Hetze und verordnetem Antikommunismus: "Der Sozialismus/Kommunismus ist prinzipiell eine gute Idee."

Diese Meinung vertreten knapp 60% der Ostdeutschen und 37% der Westdeutschen. Das ergab eine aktuelle Umfrage – ausgerechnet des „Forschungsverbundes SED-Staat“ an der Berliner Uni\*). Und es kommt noch schöner:

\* Jeder Dritte stimmte der Auffassung zu, der Kapitalismus führe zwangsläufig zu Armut und Hunger. Mehr als ein Drittel (37%) assoziierte Kapitalismus mit kriegerischen Auseinandersetzungen.

\* Ein Fünftel der Bevölkerung (im Osten: 24%; im Westen: 19%) hielt eine Verbesserung der Lebensbedingungen durch Reformen nicht für möglich und plädierte für eine Revolution.

\* Knapp 30% (im Osten: 35%; im Westen: 28%) gaben an, sie könnten sich eine wirkliche Demokratie nur ohne Kapitalismus vorstellen.

\* Für 42% ist die soziale Gleichheit aller Menschen wichtiger als die Freiheit des Einzelnen.

Diese Zahlen verdeutlichen: der Kapitalismus muss mit Widerstand rechnen. Das Nettovermögen in der BRD nähert sich der 8 Billionengrenze, sichtbar auf der Reichstumsuhr beim DGB in Gießen. Mit diesem unermesslich steigenden Reichtum, der aus der Bevölkerung herausgepresst wird, muss es ein Ende haben. Dagegen haben sich die Herrschenden mit immer schärferen „Sicherheitsgesetzen“ gewappnet. Noch zieht die Propaganda der „Alternativlosigkeit“. E.B.

\*) [http://www.fu-berlin.de/presse/informationen/fup/2015/fup\\_15\\_044-studie-linksextremismus/index.html](http://www.fu-berlin.de/presse/informationen/fup/2015/fup_15_044-studie-linksextremismus/index.html)

# Auch nach dem Ende der LaGa gibt's Verdruss

Mitte Februar kamen die Mitglieder der Bürgerinitiative „Stoppt diese Landesgartenschau“ (BI) zu ihrem ersten Treffen im Neuen Jahr zusammen. Dass die BI mit dem Ende der LaGa keineswegs funktionslos geworden ist, war an der Vielzahl der Themen zu sehen: Die endgültige finanzielle Bilanz der LaGa steht noch immer aus und wird vermutlich nicht vor der OB-Wahl im Juni - das könnte die Stimmung trüben - vorliegen. Der Rückbau der LaGa ist noch lange nicht abgeschlossen, noch immer fehlen beschlossene Ausgleichspflanzungen, die Kiesinsel im Neuen Teich ist nicht wie vereinbart entfernt und vor allem: Die geplante Wiedereröffnung des Palmencafés würde die

ohnehin schwer geschädigte Natur noch mehr in Mitleidenschaft ziehen. Höchste Wachsamkeit erfordert die Tatsache, dass am 28.2.2016 die Rettung des Schwanenteiches wieder notwendig werden wird. Dann nämlich endet die Frist, die nach dem erfolgreichen Bürgerbegehren zur Erhaltung des Ufers samt seinem Bewuchs im Oktober 2012 festgelegt wurde. Es steht zu befürchten, dass Bgm. Weigel-Greilich dann wieder nach der Kettensäge ruft, um ihren Traum, den Schwanenteich in ein rechteckiges kahles Becken zu verschandeln, zu verwirklichen; dazu gehört dann auch die Planierung und Verbreiterung des Uferweges. Mit bitterer Heiterkeit wurde die Ein-

ladung der BI zu einem Treffen der OB quittiert, um mit ihr und anderen Initiativen über ihre geplante „Bürgerbeteiligung“ zu diskutieren. Von Beginn an war die BI von der Stadt bekämpft worden, obwohl sie von einigen tausend Gießenern, viel mehr als die laut „Bürgerbeteiligung“ vorgesehene Anzahl, unterstützt wurde... Nicht ohne Grund haben HGON, NABU und BUND den runden Tisch der Stadt verlassen... Natürlich wurden auch die Vorschläge zum Umweltpreis, den die BI verdient hätte, abgelehnt. Dieses Jahr schlage ich im Namen der BI Dietmar Jürgens vor, mal sehen, wie sich jetzt aus der Verantwortung ziehen. Martina Lennartz (die Mitteilung der BI wurde leicht gekürzt)



**OB-Wahl**  
Neben den Kandidatinnen Grabe-Bolz (SPD) und Helmchen (CDU) wird wohl niemand zur OB-Wahl antreten. Für viele ist die Wahl dann "gehüpft wie gesprungen". AfD hat keinen und auch von den Linken wird wohl niemand aufgestellt. Die Grünen rufen auf, Dietlind Grabe-Bolz zu unterstützen. Dies könnte sich jedoch - angesichts der Unbeliebtheit von Bgm. Weigel-Greilich - als Schuss in den Ofen erweisen.

## Hat Volker Bouffier mit der Vertuschung der NSU-Morde zu tun?

Mit dieser Frage muss sich der hessische Untersuchungsausschuss zur Ermordung von H. Yozgat am 6.4.2008

sprachsaufzeichnung hatte der Mitarbeiter des Verfassungsschutzes Temme, der während des Mordes in



dem Internet-Café anwesend war, aber nichts mitbekommen haben will, vorher gesagt bekommen: „Ich sag ja jedem: Wenn er weiß, dass irgendwo so etwas passiert, dann bitte nicht vorbeifahren.“ Dieser Satz war aus dem Originalmitschnitt entfernt worden. Der für den Verfassungsschutz zuständige Innenminister

von 2008 war der heutige Ministerpräsident Volker Bouffier; er soll jetzt auch als Zeuge zum Münchner NSU-Prozess geladen werden

von 2008 war der heutige Ministerpräsident Volker Bouffier; er soll jetzt auch als Zeuge zum Münchner NSU-Prozess geladen werden

(Fortsetzung von Seite 1)

## Betonlandschaften

Kastanienbäume gefällt. Zu einer von der Bürgerinitiative „Lebenswertes Gießen“ veranstalteten Begehung kamen über 100 Menschen. Der breite Protest hat zumindest bewirkt, dass im Lärchenwäldchen keine Bäume gefällt werden. In Gießen wird viel von Bürgerbeteiligung geredet, aber immer wieder können erst heftige Proteste das Schlimmste verhindern. Der Naturschutzbeirat hat nichts zu sagen, der Magistrat würde die Stadt in eine Betonwüste verwandeln, wenn die Bürger es sich gefallen ließen. Die Interessen der sogenannten Investoren gehen über alles. Diese Bauträger investieren überhaupt nicht, sie organisieren nur den Bau und die Zwischenfinanzierung und überlassen ihre Machwerke dann den Käufern der Eigentumswohnungen. Gernot Linhart



## Arm trotz Arbeit

**Laut Statistischem Bundesamt waren 2013 mehr als drei Millionen Menschen arm, trotz Arbeit**

Immer mehr Erwerbstätige können kaum von ihrem Einkommen leben. Ende 2013 bezogen nach einer Auswertung des Statistischen Bundesamts rund 3,1 Millionen Erwerbstätige ein Einkommen unterhalb der Armutsschwelle. Das waren 25% mehr als 2008, als diese Zahl noch bei rund 2,5 Millionen lag.

Als armutsgefährdet gilt, wer einschließlich aller staatlichen Leistungen wie zum Beispiel Wohn- oder Kindergeld weniger als 60% des mittleren Einkommens erzielt. 2013 lag diese Schwelle in Deutschland bei 979 Euro netto im Monat. Das traf nach Angaben der Statistiker damals auf rund 16,1% der Bevölkerung zu.

Haushaltsbefragungen ergaben, dass 379.000 der armutsgefährdeten Erwerbstätigen im Jahr 2013 ihre Miete nicht rechtzeitig bezahlen konnten. 417.000 sparten beim Heizen, 538.000 beim Essen, indem sie nur jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit zu sich nahmen. Für rund jeden zweiten Betroffenen (1,5 Millionen) ist bereits ein einwöchiger Urlaubsaufenthalt im Jahr nicht bezahlbar gewesen. - Auch der gesetzliche Mindestlohn reicht nicht, um Armut trotz Arbeit zu beseitigen.



## Soll Biblis-Stillegung vergoldet werden?

Vor vier Jahren explodierten in Fukushima mehrere Kernkraftwerke und kontaminierten große Teile Nordjapans mit radioaktiven Stoffen. Bundeskanzlerin Merkel reagierte schnell. Sie erkannte, dass die durch dieses Ereignis ausgelöste Anti-Kernkraft-Stimmung den Wahlergebnissen ihrer CDU erheblich schaden könnte. Deshalb ließ sie sofort einige alte Reaktoren für zunächst 3 Monate abschalten und einem sogenannten Stresstest unterziehen. Danach wurde entschieden, dass einige Kraftwerke, darunter die beiden Blöcke in Biblis, endgültig stillgelegt werden sollen. So verkündete sie es gegenüber der Öffentlichkeit, überließ den Vollzug aber den jeweiligen Bundesländern – ohne förmliche Anweisung an die zuständigen Ministerien. Diese schickten Stilllegungsverfügungen

an die Kraftwerksbetreiber, allerdings ohne fachliche und juristische Begründung und ohne die eigentlich vorgeschriebene Anhörung der Betroffenen. Die Fachabteilungen der Ministerien hätten problemlos gerichtsfeste Begründungen formulieren können, wurden aber übergangen. Zuständiger Abteilungsleiter im Bundesumweltministerium war damals ein Herr Hennefeld, der in seinem Berufsweg abwechselnd für Energiekonzerne und für Regierungen gearbeitet hatte. Dessen fragwürdiges Vorgehen ermöglicht es den Betreibern, mit großer Aussicht auf Erfolg auf Schadenersatz zu klagen. Den Staat und damit den Steuerzahler könnte das Hunderte Millionen Euro kosten. Da hatten die Konzerne im richtigen Moment den richtigen Mann an der richtigen Stelle sitzen! Gernot Linhart



## Faule Argumente gegen Mindestlohn

Seit Januar gilt ein Mindestlohn, wenn auch nicht für alle Beschäftigten. Zeitungszusteller, Jugendliche und Langzeitarbeitslose sind z.B. davon ausgeschlossen.

Die Unternehmerverbände kämpfen weiter dagegen. Am heftigsten protestieren sie dagegen, dass die Länge der Arbeitszeit dokumentiert werden soll – das sei zu viel Bürokratie. Ist es hierzulande etwa üblich, dass Beschäftigte kommen und gehen können, wann sie wollen ohne dass die Arbeitszeit registriert wird? Jeder, der schon mal irgendwo beschäftigt war, hat erlebt, dass so etwas die absolute Ausnahme ist. Die Unternehmer wollen sich die Möglichkeit

offen lassen, weniger als die tatsächliche Arbeitszeit zu bezahlen und so den Mindestlohn umgehen.

Praktiziert wurde das während der Landesgartenschau. Laut Ausschreibung hätten die Restaurationsbetriebe mindestens Tariflohn zahlen müssen, durch Tricksereien bei der Arbeitszeit wurde weniger gezahlt. Mehrere Beschäftigte, die dagegen klagten, bekamen 300 Euro Nachzahlung - die vielen anderen, die nicht klagten, gingen leer aus.

Übrigens – wenn Beschäftigte bei der Arbeitszeit mogeln, ist das ein Grund zur fristlosen Kündigung. Wenn der Unternehmer mogelt, muss er höchstens nachzahlen. G.L.

# Griechenland – unsere Vergangenheit – unsere Zukunft

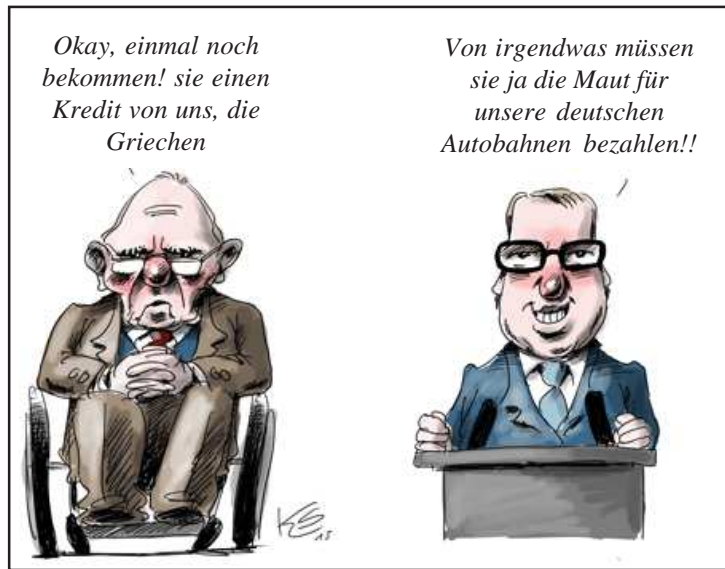
Da brüstet sich das kraftstrotzende Deutschland als Urbild des redlichen Kaufmanns, der vor allem darauf sieht, dass Schuldner wie die Griechen ihre Zahlungen leisten. So strenge Grundsätze herrschten in Deutschland nicht immer, vor allem wenn Deutschland nicht Gläubiger sondern Schuldner war. Nach siegreichem ersten Weltkrieg sollten die Feinde Deutschlands deren Kriegskosten begleichen. Es kam bekanntlich anders.

Deutschlands Währung war durch die exzessiven Kriegsanleihen ruiniert und das Land war gegenüber den Siegerstaaten zum Schuldner geworden. Die folgende Hyperinflation wurde 1923 mit der Rentenmark stabilisiert, wodurch die Menschen ihre Ersparnisse einbüßten, während verschuldete Spekulanten ihre Verbindlichkeiten mit wertlosem Papier aus der Welt schafften. Verhandlungen mit den US-amerikanischen Bankiers Dawes und Young senkten und streckten die deutsche Staatsschuld. Hitler stellte 1933 Zahlungen überhaupt ein. Dafür warf er die Druckmaschine der Reichsbank zur Finanzierung des neuen Krieges im Exzess an. Mit dem Ende des zweiten Weltkrieges war Deutschland und die halbe Welt ein Trümmerhaufen; die Menschen, so sie nicht Eigentümer von Fabriken waren, hatten mit allem Übrigen wieder einmal ihr Geld eingebüßt. Im Kalten Krieg beschlossen die Westmächte mit Kanzler Adenauer, Westdeutschland in die Front

gegen die Sowjetunion einzubauen. Adenauer schickte seinen Bankenintimus Hermann Josef Abs 1952 zum Abschluss eines Schuldenabkommens nach London, wo Deutschlands Schulden weitgehend erlassen wurden, nur kleinere Länder wie Griechenland sollten erst beim Abschluss eines Friedensvertrages bedient werden, was Deutschland zu verhindern wusste. So kann Präsident

Schulden ersetzen können.“ Das ist schon das Schielen auf Währungsreform oder Krieg, denn ein Schuldenchnitt ist nicht nur in Griechenland sondern auch in Deutschland unausweichlich.

Athen ist ein Abbild unserer eignen Zukunft. Wir haben es in den letzten Tagen vielfach gelesen: Die Armut in Deutschland wächst, Alleinerziehende und Rentner sind besonders bedroht. Der Wohlfahrtsstaat, so es ihn je gab, wurde mit Kanzler Schröders Agenda 2010 zu Grabe getragen. Da sind so viele Menschen in Beschäftigung wie hierzulande noch nie. Schaut man sich aber die insgesamt geleisteten Arbeitsstunden an, so haben diese gar nicht zugenommen. Also sind immer mehr Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, Teilzeitarbeit, Werkverträgen usw. Da der Wettlauf um sinkende Löhne bei uns von einem höheren Niveau ausgeht als in Staaten Südeuropas, ist es vielen hier noch nicht ersichtlich, dass in der EU eine Union der Armen entsteht wie in Griechenland, Spanien, Portugal, mit hoher Arbeitslosigkeit, 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit (auf was sollen diese Menschen noch warten?), ohne Krankenversicherung und zunehmenden Suiziden. Es wird uns weisgemacht, Arbeitslose und arme Länder seien an ihrem Schicksal selber schuld. Einstmals war die Tugend der Arbeiterbewegung: die Solidarität. Klaus Mewes



Gauck in Griechenland gramerfüllt Abbitte tun und Zahlungen verweigern, denn „mit Geld lässt sich das gar nicht gutmachen“. Der deutsche Staat hat inzwischen dennoch 2,2 Billionen Euro Schulden angesammelt, von denen schon der frühere Bundesbankpräsident Otto Pöhl sagte: „Es soll doch niemand so naiv sein zu glauben, dass der deutsche Staat diese Schulden jemals zurückzahlen wird. Wir müssen nur so zahlungsfähig bleiben, dass wir alte durch neue



## Hilferuf aus Kobane

Seit zwei Jahren hat die kurdische Freiheitsbewegung in Rojava kurdisch autonome Kantone ins Leben gerufen. Das Ziel ist eine nachhaltige demokratische Politik unabhängig von Nationalität, Religion und Geschlecht – die sog. demokratische Autonomie. – Seit dem 15. September 2014 überzieht der IS die Region mit Plünderung, Zerstörung und Morden. Bis heute konnte den barbarischen Angriffen standgehalten werden. Zurück bleibt eine zerstörte Stadt; es fehlt an Nahrung, Medizin, Kleidung...

### Hilfe ist dringend notwendig

Sowohl Sachgüter (abzugeben im Mesopotamischen Kulturzentrum, Ederstraße 14) als auch Geld können gespendet werden, z.B. an: Initiative Rojava, IBAN: DE30590501010610508848, BIC: SAKSDE55 Oder Solidariät International e.V., IBAN: DE11501900006100800576, BIC: FFVBDEFFXXX, Stichwort „Rojava“

# Gießener Uni macht mit: Propagandakrieg gegen Russland

„Putin ist frech und unverschämt“ – das sagte nicht ein Politiker oder Journalist, sondern ein Gießener Historiker (K. Schlögel) im Rahmen einer Ringvorlesung, die eigentlich sachlich den Konflikt in der Ukraine behandeln sollte. Nach Wissenschaft hört sich so eine Aussage allerdings nicht an, eher nach Propaganda oder Hetze.

Aber warum sollte die Wissenschaft im Propagandakrieg abseits stehen, alle anderen machen ja auch mit. In London wird ein jahrelang zurückliegender Todesfall wieder ausgegraben, bei dem ein aus Moskau geflohener Geheimdienstler ums Leben kam. Im Sport muss ein Dopingfall, wie er in jedem Land mit Profisport vorkommt, dazu herhalten, das gesamte russische Sportsystem zu verleumden. In den TV-Sendern kommt kaum ein

Kultur- oder Politikmagazin ohne einen einseitigen Beitrag zu Ukraine/Russland aus. In den als Kultursendern getarnten Propagandasendern Deutschlandfunk



und Deutschlandradio muss man Tag und Nacht damit rechnen, manipuliert zu werden.

In Beiträgen mit unverfänglichen Titeln wie z.B. „Lange Nacht über die Via Regia“ wird behauptet, die Ukraine sei

schon immer europäisch gewesen, während es in Russland finster und despotisch zugeht. Ukrainer dürfen bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit ihre angebliche Überlegenheit über russischsprachige Menschen behaupten. Überall sonst in Europa würden solche Klassifizierungen nach Ethnien geächtet, nur gegenüber Russen ist so was willkommen.

Ultranationalistische bis faschistische Tendenzen in der Ukraine, die an Abzeichen, Grüßen, Denkmälern und Straßennamen eindeutig zu erkennen sind, werden konsequent übersehen. Zur Vereinheitlichung der Argumentation hat die Bundesregierung eine Handreichung herausgegeben, die von Politikern und Journalisten offensichtlich gerne angenommen wird. Von der Leugnung eines Putsches in Kiew bis zur Begründung der Sanktionen ist darin alles enthalten, was man in den Medien regelmäßig hören, sehen und lesen kann. Die Tageszeitung „junge Welt“ hat die Argumentationshilfe veröffentlicht. Diese Zeitung kann es sich leisten, die Regierungspropaganda unkommentiert abzudrucken – die Leser des Blattes können die 18 Abschnitte mühelos Punkt für Punkt widerlegen.

Gernot Linhart

## Abschiebung verhindert!

Eine Gruppe von rund 200 Menschen kamen am Freitag, den 20. Februar, in Gießen zusammen, um erfolgreich eine Abschiebung zu verhindern.

Mehrere Tage zuvor hatte das Bündnis „Rassismus tötet“\*) dazu aufgerufen, sich gegen die Abschiebung des aus Eritrea geflüchteten 19-Jährigen zu stellen, der zuvor schriftlich aufgefordert worden war sich zwecks Abschiebung früh morgens im Polizeirevier einzufinden. Da er dies nicht vorhatte und Zwangsmaßnahmen deshalb fürchtete und erwarten musste, fanden wir uns zusammen mit anderen gegen 5 Uhr morgens in der Gegend um den Marktplatz ein. Mit Musik, Transparenten und Schildern machten wir dabei deutlich, dass wir Abschiebung als Menschenrechtsverletzung ansehen und dieser spezifischen konsequent entgegenzutreten würden.

Als klar war, dass der Flieger mit dem die Abschiebung geplant war, zeitlich nicht mehr würde erreicht werden können, war die Aktion beendet.

Somit wurde zum zweiten Mal in kurzer Zeit eine Abschiebung in Gießen erfolgreich verhindert. Das zeigt, dass Widerstand gegen den menschenverachtenden Umgang mit Geflüchteten direkte und unmittelbare Auswirkungen auf das Leben der Betroffenen hat. Die Herrschenden und ihre Erfüllungsgehilfen aus Medien, Politik, Behörden und Polizei mögen versuchen Menschen gegeneinander auszuspielen, wo sie sich eigentlich solidarisch zeigen müssten; für sie mögen Menschen nicht viel wert

sein, wenn sie nur unter Druck offenkundig brutale und menschenverachtende Abschiebungen unterlassen: Wir allerdings lassen uns nicht gegeneinander ausspielen! Daher:

Jeder Mensch hat das Recht auf ein gutes Leben, egal wo er ist und woher er kommt!

Kein Mensch ist illegal! Bleiberecht überall! Für offene Grenzen für alle Menschen, nicht für das Kapital! Frontex abschaffen, Dublin II zurücknehmen!

\*) <http://rassismustoetet.blogspot.de/>

SDAJ Gießen/Marburg



## Reisebericht Eritrea

Mehr als 40 Interessierte waren zu einem Vortrag über Eritrea gekommen, zu dem eine kleine Reisegruppe, die das Land im Oktober besucht hat, eingeladen hatte - zusammen mit der eritreischen Frauenunion Gießen. Martina Lennartz schilderte mit vielen Fotos das Land: über das kostenlose Bildungs- und Gesundheits-



wesen, den Bau von Staudämmen und Wohnungen und Renaturierung der Landschaft, die durch Napalm im Krieg total zerstört wurde. Wer sich noch weitergehend informieren möchte, kann dies auf der Homepage der Hilfsorganisation medcar-eritrea.org tun oder beim bundesweiten Eritrea-Festival, das vom 3. - 5. Juli in den Hessenhallen stattfindet.

# Hans Rosenbaum - ermordet vor 70 Jahren am 27. Februar 1945



Hans Rosenbaum war 1937 mit acht weiteren Antifaschisten (darunter auch der Gießener Kommunist Walter Deeg) verhaftet und wegen "Hochverrats" zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. In der Anklageschrift hieß es, dass er "einen organisatorischen Zusammenhalt hergestellt und aufrecht erhalten, sowie die Massen durch Verbreitung von Schriften beeinflusst habe."

Nach seiner Haft im Zuchthaus Butzbach kam Hans Rosenbaum in das Aschendorfer Moorlager und 1942 ins KZ Buchenwald; am 27. Februar 1945 wurde er im Nebenlager Nordhausen ermordet. Die weiteren Gießener Antifaschisten, die gemeinsam mit Rosenbaum verhaftet wurden, waren: die parteilosen Widerstandskämpfer Heinrich Creter, Wilhelm Klüpfel, August Ranft und Robert Ranft sowie die Kommunisten Otto Rüspler, Walter Deeg und Hermann Schröter. Ein Stolperstein vor dem Haus Katharinengasse 11 erinnert an Hans Rosenbaum. Michael Beltz



schistischen Zwecke marschieren. Vom Verbot aller faschistischen Organisationen, wie es das Grundgesetz vorschreibt, keine Spur! Uwe Moldenhauer

## Heuchlerin Merkel

Bundeskanzlerin Merkel durfte mal wieder zum Papst. In der Audienz sprach sie diesem Beschützer der Armen, Deutschland werde sich als diesjähriger Vorsitzender der G7-Staaten für den Kampf gegen Armut einsetzen, vor allem die gesundheitlichen Auswirkungen der Armut sollten gemindert werden. Unglaublich – durch die von Deutschland in der EU durchgesetzte Austeritätspolitik wurden Griechenland, Spanien, Portugal und Irland gezwungen, im Gesundheitswesen radikal zu kürzen. In Griechenland sind 30% der Bevölkerung nicht mehr krankenversichert, jeden Tag sterben Menschen an Krebs oder anderen Krankheiten, die nicht mehr behandelt werden können. Erst ein paar Tage vor der Audienz hätte sie bei den Verhandlungen mit der griechischen Regierung etwas dagegen tun können. Wenn die Frau katholisch wäre, hätte sie gleich was zu beichten gehabt: eine Lüge und einen Verstoß gegen das Gebot der Nächstenliebe. (Name ist d.Red.bekannt)

**UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP**  
**UZ** Woche für Woche antikapitalistisch!  
**10 Wochen kostenlos testen**  
 CompressVerlag, Hoffnungs-Str. 18, 45127 Essen  
 info@unsere-zeit.de

## Zahlenspielchen

Wer schon mal beim Ostermarsch, Gewerkschaftskundgebungen, Demos gegen Banken und Konzerne oder ähnlichen Veranstaltungen war, kennt das Spiel:

Die Zahl der Teilnehmer, die von der Polizei geschätzt und veröffentlicht werden, entspricht in der Regel maximal der Hälfte des tatsächlichen Wertes.

Bei den Pegida-Aufmärschen war es umgekehrt – die Polizei gab Zahlen bekannt, die doppelt so hoch sind wie die Schätzungen anderer Beobachter. Teilnehmerzahlen haben politische Bedeutung, sie machen eine Aussage über die Relevanz der Veranstaltung und können auch mobilisierend oder demotivierend wirken. Welches Interesse haben die Auftraggeber der Polizei an solchen Zahlenmanipulationen? G.L.

**Redaktionsschluss für April-Echo: Mi., 25.3.2015**

## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto: Nr.193070 Sparkasse Gießen, BLZ 51350025 bzw. IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv  
 Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: [www.dkp-giessen.de](http://www.dkp-giessen.de)

Ich möchte:  
 O das Gießener Echo abonnieren  
 O das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:.....

Adresse:.....

e-mail: .....

## Leserbriefe

### Bombardierung Dresdens

Am 13. Februar wurde des 70. Jahrestags der Zerstörung dieser Stadt mit über 25.000 Toten gedacht. Bis 2008 war dies nahezu ausschließlich ein Gedenktag von Alt- und Neofaschisten. Und dieses Jahr? - Als Redner zur „Kultur des Gedenkens“ wurde offiziell Bundespräsident Joachim Gauck geladen, um in der Frauenkirche seinen verbalen Müll abzuladen. Es ist schon makaber: Dieser Mensch, der die weitere Militarisierung Deutschlands und weltweiten militärischen Einsatz der Bundeswehr fordert, darf zu diesem Jahrestag schwadronieren! Gauck ließ die Chance nicht aus, die DDR in lächerlicher Weise zu denunzieren, indem er behauptete, sie hätte, das Massaker von Dresden für sich „instrumentalisiert“. Verschwiegen wird, dass Dresden bis zum Ende nicht nur Nazi-Hochburg und Verkehrsknotenpunkt war, sondern auch über kriegswichtige Industrie verfügte. Rund 10.000 Menschen gedachten der Verwüstung und der Toten. 500 Faschisten, NPD-Mitglieder und andere Rechte durften natürlich unter massiven Polizeischutz auch für ihre fa-

# Ostermarsch 2015 - Kriege und Kriegspropaganda stoppen - Konflikte friedlich lösen!

Der Ostermarsch von Mittelhessen beginnt  
am Ostermontag, 6. April 2015, 10:30 Uhr Rödelheim,  
ab 13.00 Uhr Abschlusskundgebung auf dem Römerberg

## Der hessische Ostermarschauftzug endet mit den Forderungen:

- keine Auslandseinsätze der Bundeswehr. Stopp aller Waffenexporte, stattdessen Rüstungskonversion
- Bundeswehr raus aus Schulen und Arbeitsagenturen, keine Militärforschung an Hochschulen
- Ächtung und Abschaffung von militärisch genutzten Drohnen, Atomwaffen, Uranmunition und Landminen
- Schutz für Menschen, die von Krieg, Übergriffen und Diskriminierungen betroffen sind
- Widerstand gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit

Wir wissen, dass diese Forderungen von der Mehrheit unserer Bevölkerung unterstützt, aber von den Massenmedien zumeist aufgrund einseitiger und propagandistischer Darstellungen nicht aufgegriffen werden. Deshalb wollen wir an den Ostertagen auf der Straße dafür wieder Zeichen setzen.

**Auch in Gießen wird die Friedensbewegung wieder am Ostertag Aktionen durchführen und ruft zur Teilnahme am Frankfurter OM auf.**

**Widerstand gegen Hartz IV  
montags 18 - 19 Uhr,  
bei den 3 Schwätzern**

## Auch nach vier Jahren noch kein Gedenkstein an Ria Deeg

Der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker nannte in seiner Rede zur Befreiung Deutschlands von den Faschisten auch den Widerstand von Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen und anderen.

Oberbürgermeister Mutz (SPD) verlieh 1987 die Goldene Ehrennadel der Stadt Gießen an Ria Deeg.

Oberbürgermeister Haumann (CDU) würdigte anlässlich der Widerstandsfeier am 20. Juli 2007 auch aus „Anlass des 100. Geburtstages von Ria Deeg“ Gegner und Widerstandskämpfer, die zu „Opfern wurden, die verfolgt, gestraft und hingerichtet wurden.“

In einer von DKP und VVN/ BdA herausgegebenen Broschüre zum 100. Geburtstag von Ria Deeg äußerten folgende Personen ihren Respekt vor Ria:

Ludwig Brake (Stadtarchivar), Prof. Heinrich Brinkmann, Uli Bolz und Armin Huth (Mitinitiatoren des Mahnmals gegen Faschismus), Françoise Höhle (Ausländerbeauftragte), Ursula Passage (Frauenbeauftragte), Frank Pötter (Vertreter der VVN/BdA), Ernst Richter (DGB), Wienke Zitzlaff (Freundin aus der Frauenbewegung).

Doch was geschieht nun in Gießen? Vor vier Jahren hatte die Fraktion Die Linke in einem entsprechenden (damals ging es um Straßenbenennung) Antrag eine Ehrung gefordert. Nun geht es in einem erneuten Antrag um die Aufstellung einer Stele in der Plockstraße - trotz Versprechen ist bisher nichts geschehen.

Für die CDU weist Frau Wagener auf ein Interview von 1991 im Fernsehen hin, bei dem sich Ria Deeg als „glühende Stalinistin“ gezeigt habe. (Zu dieser antikommunistischen Sendung schreibt Ria im Gießener Echo Februar 1992.) Es wird vermutet, dass Frau Wagener Anweisung von oben (Bouffier?) zu ihrem Ausfall erhalten hat.

Nun eifert auch noch Prof. Bruno Reimann im gleichen Sumpf. Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz war die Sache peinlich, da sie sich eigentlich der Angelegenheit annehmen wollte. So formulierten SPD und Grüne einen Antrag zur Einberufung einer Kommission, die sich ganz allgemein mit der Aufstellung von weiteren zu ehrenden Köpfen befassen soll.

Kommt Zeit, kommt Rat..

Michael Beltz



## Wir bitten um Überweisung der Abo-Gebühren

Und wir bitten um Spenden. Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit. Wir erinnern: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden. Das Finanzamt erstattet 50% des gespendeten Betrages.

**Sparkasse Gießen, IBAN: DE75  
5135 0025 0000 1930 70**



[news.dkp.de](http://news.dkp.de) / [dkp-giessen.de](http://dkp-giessen.de)